



DIE WELT, 11.08.2022, Nr. 155, S. 2 / Ressort: Politik

Rubrik: Thema des Tages

Kann Afrika Deutschlands Gasversorgung retten?

Der Senegal hat reichhaltige Ressourcen - und Deutschland großes Interesse daran. Doch das Vorhaben von Kanzler Scholz stößt auf Widerstände

Diana Pieper

Der Senegal hat sich Großes vorgenommen: Das westafrikanische Land will die neu entstandene Lücke bei der Gasversorgung nutzen und künftig Industriestaaten wie Deutschland mit Flüssigerdgas (LNG) versorgen. Gebohrt wird bereits, mehr als 425 Milliarden Kubikmeter Erdgas warten nach Schätzungen des Energiekonzerns BP vor der Küste Senegals und Mauretaniens darauf, gefördert zu werden. Die Begeisterung vor Ort ist groß: "Experten halten die geschätzten Gasressourcen im Senegal für Weltklasse. Senegal ist auf dem Weg, ein großer Gasexporteur zu werden", heißt es in der senegalesischen Zeitung "Le Quotidien".

Obwohl das Land über große Gasreserven verfügt, haben erst der Ukraine-Krieg und die Abkehr vom russischen Gas die Hoffnung auf einen Boom richtig aufleben lassen. "Der Krieg hat alles verändert", zitiert die "Washington Post" Mamadou Fall Kane, den stellvertretenden Chef der senegalesischen Behörde für Bodenschätze. "Jetzt klopft Europa an unsere Tür." Denn nachdem Afrika jahrelang etwa von der Europäischen Union aufgefordert wurde, auf erneuerbare Energien zu setzen, rücken in der Energiekrise jetzt auch fossile Brennstoffe wieder in den Fokus von Industrieländern, die sich aus der Abhängigkeit von Russland befreien wollen. Auch die Bundesregierung bringt sich in Stellung: Kanzler Olaf Scholz (SPD) warb bei seiner Afrika-Reise im Mai im Senegal dafür, beim Ausbau der Gasinfrastruktur enger zusammenzuarbeiten. Es sei sinnvoll, eine solche Kooperation "intensiv zu verfolgen", dies sei ein "gemeinsames Anliegen", sagte Scholz nach einem Gespräch mit dem senegalesischen Präsidenten Macky Sall in Dakar. "Wir wollen das auch tun im Hinblick auf die LNG-Fragestellung und Gasförderung hier im Senegal."

Das klingt zunächst wie eine Win-win-Situation: Das afrikanische Gas kann die Energieversorgung in Deutschland auf breitere Füße stellen. Im Gegenzug könnte Senegal davon profitieren, wenn mit dem technischen Know-how aus Deutschland Flüssiggasterminals gebaut werden. In der Realität stellt sich das Vorhaben jedoch komplizierter dar. Experten zweifeln daran, dass sich Versorgungsengpässe mit Gas aus dem Senegal kurzfristig überbrücken lassen. Frühestens ab Ende 2023 könnte Senegal über ein schwimmendes LNG-Terminal Gas ins Ausland exportieren. Geplant wird zunächst mit 3,4 Milliarden Kubikmetern pro Jahr. "Die aktuelle Gaslücke wird dadurch nicht geschlossen", glaubt Franziska Müller, Politikwissenschaftlerin an der Universität Hamburg. Die Expertin für Globalisierung und Governance der Klimapolitik sieht den Bau einer neuen Plattform vor der Küste Senegals aber auch aus anderen Gründen kritisch. Sie hält die Förderung von Erdgas für einen Rückschritt. "Es droht eine verlängerte ökonomische Abhängigkeit von fossilen Infrastrukturen. Für Senegal wäre das ein massives ökonomisches Risiko."

Eigentlich hatte Deutschland bei der Weltklimakonferenz im vergangenen November in Glasgow ohnehin beschlossen, ab 2023 keine neuen Kohle-, Öl- und Gasprojekte mehr mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine wurde dieses Ziel jedoch beim G-7-Gipfel im Juni abgeändert. Die G-7-Staaten verständigten sich in ihrer Abschlusserklärung darauf, dass Investitionen in Gas temporär möglich sein sollen, sofern sie mit den Klimazielen vereinbar sind und mit der Infrastruktur anschließend auch Projekte für die Entwicklung von CO₂-armem und erneuerbarem Wasserstoff eingebunden werden. "Unter diesen außergewöhnlichen Umständen können öffentliche Investitionen in den Gassektor geeignete Übergangslösungen sein", heißt es. Scholz bekräftigte die Position der Bundesregierung beim Petersburger Klimadialog: "Wir brauchen vorübergehend neue LNG-Kapazitäten, damit hier und in vielen anderen Ländern weltweit nicht die Lichter ausgehen bei den Menschen zu Hause und in den Betrieben." Zugleich betonte Scholz, keine neuen dauerhaften Abhängigkeiten von fossilen Energiequellen zu schaffen - "bei uns nicht und auch nicht in den Produktionsländern".

Umweltaktivisten fürchten jedoch genau das - ein langfristiges Aufweichen der Klimaziele von Glasgow und langjährige Abhängigkeiten. Dass "der selbst ernannte Klimakanzler in den Klimahotspot Afrika" reise und neue Gasbohrungen bewerbe, sei an Zynismus nicht zu überbieten, sagte die Fridays-for-Future-Aktivistin Luisa Neubauer. "Um noch eine Chance zu haben, das Weltklima mittelfristig zu stabilisieren ..., kann es keine neuen Öl- oder Gasfelder mehr geben." Auch der senegalesische Fridays-for-Future-Aktivist Yero Sarr warnte vor Umweltschäden in seinem Land, in dem ein großer Teil der Bevölkerung von der Fischerei abhängig ist und vor dessen Küste ein großes Korallenriff liegt, das als Unesco-Weltnaturerbe gelistet ist: "Die Öl- und Gasförderung fügt sich in die Liste der Bedrohungen für unsere Meeres- und Küstenumwelt sowie die Gesundheit der senegalesischen Bevölkerung ein", sagte Sarr. Das Bewerben neuer Gasbohrungen durch Scholz nannte Sarr "dreist". Der Aktivist forderte stattdessen mehr Unterstützung für den Umstieg auf erneuerbare Energien.

Das fordert auch die Internationale Energieagentur (IEA). Nach Schätzungen der Organisation können die Klimaziele nur dann eingehalten werden, wenn weltweit keine Investitionen mehr in Kohlekraftwerke und die Erschließung neuer Erdöl- und Erdgasfelder erfolgen. Nur Afrika gesteht die IEA für den Übergang in die Energiewende die Förderung von Gas weiter zu - allerdings mit einer Einschränkung: Der Brennstoff soll der Industrialisierung des Kontinents dienen. Ausgelegt wäre die Gasförderung aber vor allem auf den Export. Trotzdem steht die Ampel inklusive dem grünen Koalitionspartner hinter dem Vorhaben, nach neuen Gasvorkommen im Ausland zu suchen. "Es ist leider notwendig, temporär mehr Gas zu fördern, um dem russischen Gas zu entfliehen", sagte Jürgen Trittin (Grüne), ehemaliger Bundesumweltminister, der "taz". Wolle man auf das Gas aus Russland verzichten, müsse in neue Infrastruktur investiert werden. Voraussetzung sei, dass dies im Rahmen enger Grenzen geschehe und ohne Lock-in-Effekte, also ohne Abhängigkeitsverhältnisse zu schaffen. "Wollen wir keinen Lock-in, müssen die Abschreibungsfristen sehr kurz sein. Das geht nur mit Staatsgarantien."

Politikwissenschaftlerin Müller überzeugt diese Argumentation nicht. Im Gegenteil: "Die Bundesregierung würde damit erneute Abhängigkeiten festschreiben." Dies gelte insbesondere, wenn dafür neue Infrastrukturen geschaffen werden, die sich erst rentieren müssen. "Es droht ein erneuter Lock-in von fossilen Brennstoffen, da Gaslieferverträge in der Regel sehr lange Laufzeiten haben, um beiden Partnern Planungssicherheit zu bieten", sagt auch Steffen Haag, der gemeinsam mit Müller zu dem Thema forscht und bereits mehrfach im Senegal Feldforschung betrieben hat. "Der Tausch 'Rohstoff gegen Geld' führt weder zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum, einer Diversifizierung der Wirtschaft, noch zu einer höheren Wertschöpfung im Land." Zwar bringe Rohstoffhandel durchaus rapide Wachstumsraten. Dies gehe aber häufig einher mit einer extremen politischen Abhängigkeit von der Rohstoffförderung.

Unter anderem beim Bau von Solarkraftwerken kooperiert die Bundesregierung bereits mit dem Senegal. Scholz bekräftigte die Absicht zur engeren Zusammenarbeit in den Bereichen **Solar**- und Windenergie auch bei seinem Afrika-Besuch. Laut der Regierungssprecherin sollen energiepolitische Reformen mit dem Ziel der Dekarbonisierung der Energiesysteme und Steigerung der Energieeffizienz unterstützt werden. Was das konkret bedeutet, bleibt offen. Das Potenzial ist jedenfalls groß: So verfügt Afrika nach Angaben der Deutschen Energie-Agentur (dena) über mehr als 60 Prozent der weltweit am besten geeigneten **Solarstandorte**. Nach Müllers Ansicht überwiegen die ökonomischen Vorteile im Bereich der erneuerbaren Energien langfristig: Diese schafften "viermal so viel Arbeitsplätze, als dies in der Gasindustrie der Fall ist". Derzeit stockt der Ausbau jedoch noch: "In allen Ländern Afrikas zusammen stehen heute insgesamt so viele Wind-onshore- und **Solar**-Anlagen, wie Deutschland sie bald in einem einzigen Jahr installieren will", sagte Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der dena. "Die internationale Staatengemeinschaft muss Afrika daher deutlich stärker bei dem Aufbau einer nachhaltigen Energiewirtschaft unterstützen und die gewaltigen Potenziale des Kontinents endlich besser nutzen."

Diana Pieper



Bildunterschrift: LNG-Tanker mit Flüssiggas: Fossile Brennstoffe rücken wieder in den Fokus von Industrieländern

Quelle:	DIE WELT, 11.08.2022, Nr. 155, S. 2
Ressort:	Politik
Rubrik:	Thema des Tages
Dokumentnummer:	206185445

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_0bee07dd77b1acde301528ce7c2dd20cf00dc983

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

